

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. März 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Halbjahrespreis für Monat März 8 Mark ohne Postgebühren.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Bedarf berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Wk., für auswärts 30 Wk., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wk., auswärts 25 Wk., die 20 mm breite Zeile 200 Wk., auswärts 250 Wk., Offertengelder 30 Wk., Kündigungsgebühren gegen Vorabzahlung.

Redaktions-Zeitung: Dresdner Nachrichten
 Verlags- und Druckerei: 25 241
 Post für Nachrichten: 20 011

Schriftleitung und Postfachverwalter:
 Marienstraße 33/42
 Druck und Verlag von Ulrich & Merckel in Dresden
 Postfach-Nr. 1068 Dresden

Wachsend nur mit deutscher Courtenance (F. Dresdner Nachrichten) möglich. — Unpersönliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Sachsens Industrielle in Dresden.

Der Verband Sächsischer Industrieller trat heute Freitag vormittag im Vereinshaus zu Dresden zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen.

Der erste Teil dieser Tagung, der in Form einer geschlossenen Mitgliederversammlung abgehalten wurde, wurde von dem Vorsitzenden des Verbandes,

Otto Moras

mit einer Ansprache eröffnet, in der er u. a. ausführte: Die Produktionsbedingungen der Wirtschaft sind nach wie vor außerordentlich ernst. Dieran kann auch die Tatsache der guten Beschäftigung einzelner Industriezweige nichts ändern, denn es kommt ja bei Beurteilung unserer Lage, worauf nicht genug hingewiesen werden kann, nicht nur auf den Beschäftigungsgrad allein, sondern auch auf den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebes an, und hier liegt gerade die Quelle zu neuen Schwierigkeiten, weil eben vor allem die Möglichkeiten zur Kapitalneubildung fehlen. Ein wichtiger Faktor für die Beurteilung aller dieser Fragen ist die Reparationsfrage und von ihrer endgültigen Regelung wird sehr viel, wenn nicht alles, für die zukünftige Gestaltung der deutschen Wirtschaft abhängen. Aus diesem Grunde freuen wir uns außerordentlich, daß wir heute die Ehre haben, in Herrn Staatssekretär Bergmann einen hervorragenden Kenner dieses ganzen Problems bei uns begrüßen zu können, um Gelegenheit zu haben, aus seinem Munde Näheres über diese Frage zu hören. Ich benutze die Gelegenheit, Herrn Staatssekretär Bergmann im Auftrage des Gesamtvorstandes herzlich zu danken für seine Bereitwilligkeit, heute bei uns zu sprechen, und bin überzeugt, daß Sie alle, meine Herren, seine Ausführungen mit großem Interesse entgegennehmen werden. Sie werden im Zusammenhang mit den Darlegungen des Herrn Dr. März Ihnen zeigen, daß die sächsische Industrie in dem Kampfe, der um alle diese Probleme weiter geführt werden muß, mehr denn je eine geschlossene feste Gesamtorganisation braucht, die in allen Phasen dieser Auseinandersetzung ihre Interessen vertritt, und ich freue mich, in diesem Zusammenhang auch heute schriftlich zu erklären, daß die sächsische Industrie sich dieser Erkenntnis auch im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht verschlossen hat, sondern trenn zum Verband stand.

Der Mitgliederstand des Verbandes

Im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Allerdings stehen immer noch zahlreiche Industrieunternehmungen, die auf Grund ihrer Bedeutung und aus Solidaritätsgründen unbedingt in die Reihen der Verbandsmitglieder gehören, abseits, und ich benutze die heutige Gelegenheit, um an Sie alle einen Appell zu richten, diese Firmen, soweit Sie mit ihnen in Berührung stehen, von der Notwendigkeit des Anschlusses an den V. S. I. zu überzeugen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir leider auch eine ganze Reihe Mitglieder durch den Tod verloren. Es beklagen sich darunter zwei Vorstandsmitglieder: Herr Geheimrat Bauer, der seit dem Jahre 1905 dem Gesamtvorstand angehörte, und Herr Böll aus Aue, und gestern erfolgte die Beilegung des Herrn Kommerzienrats Dr. Krüger - Chemnitz. Ihnen allen, die für uns gewirkt haben und nun für immer von uns gegangen sind, danken wir für ihre Mitarbeit, und ich bitte Sie, sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. Wir Lebenden aber wollen auch im kommenden Jahre mit aller Tatkraft und ungetrübter durch alles, was wir über uns ergehen lassen müßten, weiter arbeiten an dem Ziel, der sächsischen Industrie den Platz zu sichern, den sie für sich auch unter Führung der berechtigten Interessen anderer Berufsstände in Anspruch nehmen kann.

Darauf erstattete der Schatzmeister des Verbandes, Herr Konsul H. A. Bollmann, Sebnitz, den

Kassenbericht,

aus dem hervorging, daß es dem Verband trotz des dauernd erweiterten Aufgabengebietes durch intensive Arbeit und größte Sparsamkeit gelungen ist, mit den ihm zur Verfügung stehenden Beiträgen ohne Beitragserhöhung auszukommen und noch einen kleinen Ueberschuß zu erreichen.

Zu dem Punkt

Neuwahl

- wurden die nachstehend bezeichneten Herren einstimmig in den Vorstand wiedergewählt:
1. Karl Wiegand, i. Fa. Karl Krause, A.-G., Leipzig.
 2. Kommerzienrat Stadtrat William Doehner, i. Fa. A. Doehner, A.-G., Strumpfwaren und Unterzeuge, Chemnitz.
 3. Johannes Eißler, i. Fa. Gebr. Uebel, Adorf i. V.
 4. Direktor Gaus, i. Fa. Leipziger Baumwollspinnerei, Leipzig-Pindau.
 5. Direktor Hierdorf, i. Fa. Vereinigte Eisbahnsche Werke, A.-G., Dresden-Voschwitz.
 6. Dr. Hugo Krah, Dresden-N. 24.
 7. Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Arng, Vorsitzender des Bergbauischen Vereins zu Misdau, Lugau i. C.
 8. Fabrikdirektor Max Lehnia, i. Fa. Gebr. - Werke, A.-G., Niederlössnitz.
 9. Landrat a. D. Rechtsanwält und Notar Dr. Lens, Greiz.
 10. Generaldirektor Werbig, i. Fa. A.-G. für Glasindustrie vorm. Fr. Siemens, Dresden-N.
 11. Otto Moras, i. Fa. Vereinigte Deutsche Textilwerke, A.-G., Altau i. C.
 12. Geh. Kommerzienrat Dr. Riechhammer, i. Fa. Müller u. Riechhammer, Papierfabrik, Aischitz.
 13. Bergwerksdirektor Dr. Rademacher, M. d. N., i. Fa. Deutsche Erdbf., A.-G., Vorna.

14. Heinrich Reich, Mühlenbesitzer, Meißen a. d. Elbe.
 15. Curt Spranger, i. Fa. Gustav Spranger, Mundharmonikafabrik, Klingenthal i. Z.
 16. Fabrikbesitzer Emil Stecher, i. Fa. Moritz Stecher, Lederwerke, Freiberg.
 17. Konsul H. A. Bollmann, i. Fa. Mey u. Co., Blumen- und Blätterfabrik, Sebnitz i. C.
 18. Kommerzienrat Carl Hermann Waldenfeld, i. Fa. C. A. Waldenfeld, Baumwollspinnereien und -spinnereien, Plauen i. V.
 19. Direktor Wittke, i. Fa. Sachsenwerk Niederlössnitz, A.-G., Niederlössnitz.
 20. Direktor Wulff, i. Fa. Spinnfaser - A.-G., Eiskenberg i. V.
- Darauf erstattete der Syndikus des Verbandes, Herr Dr. Johannes März, den

Geschäftsbericht,

dem wir folgendes entnehmen:

Das vergangene Geschäftsjahr war zwar für viele Industriezweige ein Jahr aufwärtssteigender Beschäftigung, jedoch blieben zahlreiche Voraussetzungen für eine wirklich prosperierende Entwicklung unerfüllt. Wichtige Einflussfaktoren wurden wesentlich verteuert. Um der aus dieser Situation sich ergebenden Verbandsarbeit den notwendigen Nachdruck und die erforderlichen Erfolgsaussichten zu verschaffen, mußte größtes Gewicht auf die Stabilisierung und Mehrung des sächsischen Einflusses im Reich gelegt werden. Die Bestrebungen des Verbandes, im endgültigen Reichswirtschaftsrat der sächsischen Industrie eine ausreichende und ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung zu schaffen, fand durch die Verabschiedung der Regierungsvorlage durch den Reichsrat einen gewissen Abschluß. Wenn auch die Reichsratsbeschlüsse nicht voll dem ursprünglichen Wunsche des Verbandes, die gesamte dritte Abteilung auf regionaler Grundlage zu ernennen, entsprachen, so stellen doch die vom Reichsrat vorgenommenen Forderungen einen ganz bedeutsamen Fortschritt in der Verwirklichung der regionalen Wirtschaftsgebiete dar. Der unermüdligen Aufklärungsarbeit des Verbandes ist es mit zu verdanken, insbesondere seiner Einwirkung auf die sächsischen und durch befreundete Verbände auch auf außer-sächsische Regierungen, daß im Reichsrat eine Mehrheit für die vorgeschlagenen Gesetzesverbesserungen zustande kam. Der Stärkung des wirtschaftlichen Einflusses diente weiter die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der sächsischen Wirtschaft sowie einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Verband der Mitteldeutschen Industrie im benachbarten Thüringen, durch die eine Verständigung über Möglichkeiten gemeinsamen Vorgehens herbeigeführt werden soll. — Die zuletzt genannte Arbeitsgemeinschaft war angesichts der gleichartigen Struktur beider Industriegebiete besonders zweckmäßig und stellt eine noch engere organisatorische Form der schon früher gegliederten Zusammenarbeit dar. Unter Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit beider Verbände soll die Arbeitsgemeinschaft dem weiteren Hand-in-Hand-Arbeiten in beide Gebiete gleich berührenden Fragen und der Stärkung ihres Einflusses dienen.

Eine besonders dringende Aufgabe, die Interessen der sächsischen Industrie zu wahren und für die Sicherstellung ihres Einflusses zu wirken, lag bei den Bestrebungen zur

Verfassungs- und Verwaltungsreform

vor. Für den Verband ergab sich insbesondere die Notwendigkeit einer Prüfung dieser Frage unter zwei Gesichtspunkten. Was die Möglichkeiten erzielbarer Ergebnisse anlangt, führten die angelegentlich Erörterungen zu dem Ergebnis, daß es zweckmäßig sei, die Erwartungen insbesondere an etwa damit verbundene Steuererleichterungen nicht hoch zu spannen. Die Hauptgründe für die Steigerung des öffentlichen Verwaltungsaufwandes in Deutschland und damit auch der Steuerbelastung liegen auf dem Gebiete der Veränderung des Geldwertes und der Kriegskosten und dann besonders aber auch in der starken Steigerung der Ansprüche des Staatsbürgers an den Staat. Zu einer spürbaren Entlastung ist daher ein durchgreifender Aufgabenausschuss sowie eine Beschränkung in der Uebernahme neuer Aufgaben auf das durch unsere Wirtschaftslage gebotene Maß notwendig. Da die Lösung der Frage, wie der endgültige verfassungsrechtliche Aufbau des Deutschen Reiches zu gestalten ist, nur im Wege der organischen Entwicklung, keinesfalls aber auf gewaltsame Weise, die mit innerpolitischen und damit auch wirtschaftlichen Erschütterungen verbunden wäre, gesucht werden darf, kann es sich bei der Lösung der verfassungsrechtlichen Probleme nur um Arbeit auf lange Sicht handeln. Um so notwendiger ist es, die einzelnen Fragen energisch in Angriff zu nehmen, die ohne grundlegende Verfassungsänderungen heute bereits möglich sind, auch wenn man ihre finanziellen Erfolgsaussichten nicht sehr hoch einschätzt. Die Ueberprüfung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland auf Vereinfachung und Vereinfachungsmöglichkeiten muß sich auf alle Gewalten, insbesondere auch das Reich, erstrecken, welches ebenfalls über einen ausgedehnten Verwaltungsapparat verfügt.

Der zweite Gesichtspunkt, unter dem vom Standpunkt der sächsischen Industrie das Gesamtproblem zu betrachten ist, ist die Frage der Sicherung und des Ausbaues des Einflusses der regionalen Wirtschaftsgebiete auf den Gang der Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Richtlinien, welche der Verband für seine Mitarbeit an diesen Fragen unter Berücksichtigung der beiden genannten Gesichtspunkte aufgestellt hat, fordern deshalb bei einer etwaigen Neuordnung unseres Behördenaufbaues die Einhaltung des Grundgedankes der Dezentralisation sowie die Gewährleistung ausreichender Einflußmöglichkeiten der Wirtschafts-

gebiete auf Gesetzgebung und Verwaltung, in der Erkenntnis, daß die Zentralisation, die wir ganz besonders in den Nachkriegsjahren erlebt haben, ungesund und für die territorialen Wirtschaftsgebiete nachteilig ist.

Reichseigene Verwaltungen sollten nach Ansicht des Verbandes auf allen denjenigen Gebieten nicht eingerichtet werden, wo Länder und Gemeinden bereits leistungsfähige Verwaltungsorganisationen besitzen, um Doppel- und Nebenarbeiten zu vermeiden.

Des Weiteren hält der Verband eine Zuständigkeits-erweiterung der unteren und mittleren Behörden für erforderlich, ebenso eine übersichtlichere Gestaltung des geltenden Rechts und eine Vereinfachung des Rechtswesens mit dem Ziele der Senkung. Neben den Reformmaßnahmen auf dem Gebiete der eigentlichen Verwaltung ist ein durchgreifender Aufgabenausschuss notwendig, der allein Erparnisse in nennenswertem Umfange ermöglcht. Neue Aufgaben sollte die öffentliche Hand nur beim Vorliegen eines wirklich dringenden Bedürfnisses übernehmen, keinesfalls könne, trotz aller Anerkennung eines unter heutigen Verhältnissen mehr als früher notwendigen Maßes öffentlicher Fürsorge und Wohlfahrts-pflege die bisherige Entwicklung Deutschlands zum Wohlfahrtsstaat weiter gefördert werden.

Zur Bekämpfung der deutschen Ausgabenwirtschaft hält der Verband die Einführung eines unmittelbaren Vetorechts für den Reichsfinanzminister und die Finanzminister der Länder gegenüber den Parlamenten für erforderlich, um der Neigung der Parlamente, neue Ausgaben zu beschließen, entgegenzutreten.

Endlich muß der Gedanke der Verantwortlichkeit härter als bisher betont werden. Aus diesem Grunde hält der Verband es für zweckmäßig, wenn Sicherheiten dafür geschaffen werden, daß die beschließenden Mehrheiten von den Auswirkungen der von ihnen beschlossenen Ausgaben auch insofern unmittelbar betroffen werden sollten, daß sie viel mehr als bisher zu ihrer Deckung mit herangezogen werden. Der gegenwärtige Zustand, daß Länder und Gemeinden zwar für große Ausgaben verantwortlich sind, aber nur einen Teil der erforderlichen Einnahmen selbst bestimmen, ist mit den Notwendigkeiten sparsamer Finanzwirtschaft nicht vereinbar und sollte beim endgültigen Finanzausgleich eine Abstellung er-lauben.

Darauf behandelte Dr. März ausführlich alle die Einzel-fragen, mit denen sich der Verband im Laufe des Geschäftsjahres befaßt hatte, wie sie bereits durch die Veröffentlichungen des Verbandes in der Presse bekanntgegeben worden sind.

Darauf entwarf der Redner ein sehr eindringliches Bild von der schwierigen Lage der sächsischen Industrie auf den Weltmärkten und zeigte, wie gerade in einem Jahr des Kampfes internationaler Konkurrenz gegen Ausfuhrbeschränkungen die sächsische Industrie sich einer

hochanschwellenden Woge neuer Handels-hemmnisse

gegenüber sah. Wie in Italien, Spanien, dem Balkan der dortige Protektionismus Verbindungen geschnitten, die bereits jahrzehntelang in der Vorkriegszeit bestanden; wie es unmöglich wurde, italienische Fabriken mit sächsischen Maschinen, andere Mittelmeerländer mit sächsischen chemischen Erzeugnissen, Mexikanten, Präparaten, oder eng-lische Kolonien, oder Australien, mit sächsischen Farben und Lacken zu beliefern. Wie der Nationalismus in Spanien gerade dem Textilexport schwere Wunden schlug, in Portugal die Devisenvorschriften die deutsche Ausfuhr droffelten, so trafen mehrere Anträge auf autonome Zoll-erhöhungen in England wichtige sächsische Erzeug-nisse, wie verschiedene Arten von Textilien, keramische Erzeugnisse, Anopwaren, Wirkwaren usw. bzw. benutzbarsten für die Verbindungen in schwerster Weise. Er zeigte ferner, daß Nachbarländer, die mit uns in Europa wie in Uebersee in schwerster Konkurrenz stehen, in wichtigen Branchen 30 und 40 Prozent niedrigere Löhne zahlten als in Sachsen, und wies darauf hin, wie die Heimpropaganda diese Schwierigkeiten noch erhöhend die Abneigung der fremden Länder gegen ausländische Produkte steigerte. Er wies darauf hin, wie der Verband die zahllosen ihm bekanntwerdenden Beispiele sowohl den deutschen Stellen wie den internationalen Kongressen gegenüber vorwertet hatte. Wie er unermüdlich versuchte, für sächsische Waren weniger auf dem Wege von Zollermäßigungen Erleichterungen im Auslande zu schaffen. Wie leider aber manche sächsischen Wünsche nicht zu erfüllen waren, ja im Gegenteil wichtige Positionen der Fertigindustrie dem Auslande geopfert werden mußten. Die schweren Kämpfe, die um den Fortgang der japanischen Verhandlungen, den Abschluß der französischen Vor-verträge und des Handelsvertrages, der Saar soll verhandlungen, den jugoslawischen Vertrag, die türkischen Abmachungen, sich abgespielt haben. Ich er vor der Versamm-lung vorüberziehen. So sehr die Mühseligkeit und Energie der deutschen Unterhändler und die Unterstützung der sächsischen Regierungstellen auch hier anerkannt wurden, so sehr mußte es der Redner andererseits bedauern, daß die Erfolge für die verarbeitende Industrie weit hinter den notwendigen Wün-schen zurückblieben.

Dr. März schilderte weiter die lebhaften Klagen exportierender Firmen, die sich nicht nur auf die handelspolitische Lage bezogen, sondern im hohen Maße auch darauf, daß es der sächsischen Industrie mit ihrer

unvorteilhaften Binnenlage

kaum noch zu konkurrieren möglich ist, wie es insbesondere die hohen Frachtkosten unmöglich machen, mit der sich immer mehr ausdehnenden Verarbeitung des Rohmaterials am Gewinnsort in Wettbewerb zu treten, zumal da die in den Rohstoffgebieten stehenden Arbeitskräfte mit ihren